



FRAKTION IM RAT DER STADT KAMEN

REDE ZUR HAUSHALTSSATZUNG DER STADT KAMEN FÜR DAS JAHR 2012

Kamen, 6. Dezember 2011

Wenn wir heute über den Haushalt 2012 mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 17,4 Mio. EUR sprechen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, dann sprechen wir nicht nur über die Zahlen, sondern auch über die politische Linie.

Um eines vorwegzunehmen:

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es zu hinterfragen, ob ein NKF-Haushalt grundsätzlich geeignet ist, den geforderten Haushaltsausgleich darzustellen. Dem NKF-Haushalt kommt eine Informationsfunktion, verbunden mit einer Dokumentations- und Rechenschaftsfunktion, zu. Aber ist er wirklich als Steuerungsinstrument für Rat und Verwaltung im Sinne eines Haushaltsausgleiches geeignet? Aufgrund der gesetzesimmanenten Bewertung kommunalen Vermögens mit Wiederbeschaffungswerten – unter Vernachlässigung des Instandhaltungszustands in der Bewertung – scheint dies fraglich. Infolgedessen sind in den kommunalen Haushalten in der Regel hohe Abschreibungsbedarfe aufzuweisen, die aufgrund der begrenzten Möglichkeiten im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen nicht oder nicht in dem erforderlichen Maße erwirtschaftet werden können. Und gleichzeitig kommt es aufgrund dieser vermeintlichen gesetzesimmanenten Bewertungsschwäche dazu, dass dringend erforderliche Investitionen in Vermögensgegenstände geradezu unterbleiben müssen, weil Vermögensgegenstände hohe Restbuchwerte aufweisen. Auf diesen Zustand, der nicht kamenspezifisch ist, wird der Gesetzgeber eine Antwort finden müssen.

Das entbindet aber den Rat dieser Stadt nicht von seiner Verantwortung für die Gestaltung dieser Stadt – im Rahmen des verbleibenden Handlungsspielraumes. Der Regierungspräsident der Bezirksregierung Arnsberg hat es richtig formuliert: Weitere Hilfen von Bund und Land werden unter dem Primat eigener, städtischer Konsolidierungsbemühungen stehen.

Die Stadt Kamen wird im Plan 2012 Liquiditätskredite in Höhe von rd. 61 Mio. EUR benötigen, 2010 waren es noch 46 Mio. EUR. 15 Mio. EUR mehr Kredite zur Überbrückung kurzfristiger Finanzbedarfe – wo ist hierbei das Ende? Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, den die SPD so hervorhebt, ist mehr Ausdruck einer kurzfristigen Symptompolitik – aber zur nachhaltigen Veränderung der Kommunalfinanzen kann und wird er nicht beitragen können.

Aktuell zeichnen sich für die NRW-Kommunen Schwierigkeiten ab, sich über diese sogenannten Liquiditätskredite zu refinanzieren. Ein nicht auszuschließendes Zinsänderungsrisiko und die durch „BASEL III“ zu erwartende Verpflichtung zur Stärkung der

Eigenkapitalausstattung, übrigens auch der Sparkassen, bedeuten auch für Kamen kostenträchtige Finanzierungsrisiken.

Deshalb:

Es besteht auf allen Ebenen Handlungsnotwendigkeit – keine Ebene kann sich ihrer Verantwortung entziehen. Jedes weitere Abwarten ist unverantwortlich und verschlechtert die kommunale Situation weiter.

Daher ist es umso erforderlicher, die Bemühungen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes in eine kurzfristige und eine langfristige Perspektive einzuteilen.

In Bezug auf die Sanierbarkeit dieses Haushaltes vertritt die CDU folgende Auffassung: Dieser Haushalt ist nicht kurz- und auch nicht mittelfristig sanierbar. Es wird aus Sicht der CDU-Fraktion mindestens einer Generation, vielleicht 20 Jahre dauern, bis man unter Anstrengung aller Ebenen zur Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit gelangt. Dies setzt aber konsequentes Sparen – auch hier vor Ort – voraus.

Was meint also in diesem Zusammenhang „kurzfristig“? Kurzfristig bedeutet für die CDU, dass die Aufgaben, die durch die Stadt erledigt werden, einer ständigen Aufgabenkritik unterliegen müssen, um zu einem sparsamen Einsatz von Haushaltsmitteln zu kommen. Dies meint aber nicht nur die freiwilligen Aufgaben, die im Haushalt 2012 immerhin noch einen ordentlichen Aufwand von rd. 5 Mio. EUR ausweisen, sondern auch die im Haushalt bezeichneten Pflichtaufgaben. Für das Jahr 2012 wird aus diesen Pflichtbereichen – im Haushalt mit „A“ gekennzeichnet – immerhin der Großteil des negativen ordentlichen Ergebnisses mit rd. 16 Mio. EUR erwartet. Nichtsdestotrotz ist auch bei diesen Aufgaben immer zu hinterfragen: Werden diese Aufgaben finanziell optimal und effizient erbracht? Aus Sicht der CDU-Fraktion sollte insbesondere bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in diesen pflichtigen Bereichen eine pauschale Kürzung der Aufwendungen möglich sein.

Unter ständiger Aufgabenkritik verstehen wir also, dass Angebote immer darauf zu überprüfen sind, ob sie von unserer Bevölkerung noch in ausreichendem Maße angenommen werden oder nicht. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, müssen wir als Stadtrat eine Entscheidung treffen: Soll das Angebot fortgeführt werden? Wenn ja, unter welchen Bedingungen oder: Nein, das Angebot wird nicht mehr aufrechterhalten.

Und diese ständige Aufgabenkritik wird in diesem Hause aber nicht ausreichend wahrgenommen:

- In 2011 hat der Jugendhilfeausschuss mehrheitlich beschlossen, sieben Spielflächen in Methler aufzugeben. Der von Seiten der Verwaltung angeführte Grund: Mangelnde Nutzung. Diese mangelnde Nutzung gibt es aber nicht erst seit diesem Jahr. Einige der Flächen werden zum Teil schon seit einem Jahrzehnt nicht mehr in dem Maße genutzt. Dennoch wurden diese Flächen aufrechterhalten – das verstehen wir nicht unter einem effektiven Einsatz von Steuermitteln.
 - Und genau an dieser Stelle setzen wir an: Werden Angebote von unserer Bevölkerung noch in ausreichendem Maße angenommen werden oder nicht. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, müssen wir als Stadtrat eine Entscheidung treffen: Soll das Angebot fortgeführt werden? Wenn

- ja, unter welchen Bedingungen oder: Nein, dass Angebot wird nicht mehr aufrechterhalten.
- Die CDU-Fraktion ist an dieser Stelle mit der gebotenen und erforderlichen Differenzierung zu einer Beschlussfassung gekommen: 5 Flächen können wir aufgeben, bei zwei Flächen sollten wir unter Einsatz Ehrenamtlicher eine Erhaltung ermöglichen.
 - Leider wollten Sie als SPD diesen differenzierten Weg nicht mitgehen. Eine „entweder – oder“-Politik führt aber selten zum Ziel.
- Straßenbeleuchtung: Seit 2010 steht die Aufwandsreduzierung aus der Straßenbeleuchtung auf der Agenda der Haushälter. Auch dieser Bereich sollte eigentlich einer ständigen Aufgabenkritik unterliegen: Wenn es Möglichkeiten gibt, unter der Vornahme vorangehender Investitionen, auf Dauer Finanzmittel zu sparen, müssen wir doch diese Gelegenheiten nutzen und nicht erst auf ein Haushaltssicherungskonzept warten. Abgesehen davon, liegt ein Beleuchtungskonzept – mit Ausnahme einer Ankündigung im Planungs- und Umweltausschuss im September 2011 – immer noch nicht vor. Warum dauert es mehr als 1,5 Jahre, bis die Verwaltung beginnt Maßnahmen zu entwickeln? Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Fraktion für den nächsten Planungs- und Umweltausschuss eine umfassende Information zur Straßenbeleuchtung beantragt. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die GSW anscheinend der Stadt Kamen mehrere Handlungsalternativen dargelegt haben. Diese wollen und müssen wir kennen, um Entscheidungen treffen zu können.
 - Interkommunale Zusammenarbeit: Seit 2010 auf der Agenda. Seit 2010 hören wir in jeweils großen Presseartikeln: Verwaltung und Landrat bemüht sich um interkommunale Zusammenarbeit oder drücken wir es im Rahmen eines Zeugnisses aus: Stadt und Kreis haben sich stets bemüht.
 - Ist es eine wirklich fehlerhafte Annahme von Seiten der CDU-Fraktion, dass Steuermittel stetig und ständig optimal eingesetzt werden müssen? Und jetzt versuchen zehn Kommunen ist auf interkommunale Zusammenarbeit zu verständigen. Je größer die Anzahl der einbezogenen Kommunen umso länger werden Beschlüsse auf sich warten lassen.

Um endlich einen Einstieg in eine ständige Aufgabenkritik zu finden, gehört es dazu, dass uns als Stadträten bei Beschlüssen auch die Information gegeben wird, mit wie viel Geld ein Beschluss heute und in der Zukunft belegt ist. Trotz der Einführung des NKF hat die Verwaltung es bis heute nicht geschafft, den Stadträten offen zu legen, wie viel Finanzmittel wir mit einzelnen Beschlüssen dauerhaft binden. Zu diesen Beschlüssen würde dann zwangsläufig auch gehören, dass wir Beschlüsse über Aufgaben zeitlich befristen. Damit würde sich der Automatismus einer ständigen Aufgabenkritik einstellen und gleichzeitig würde sich eine Stärkung des Stadtrates hiermit ergeben. Und: Gleichzeitig kämen wir der Forderung nach, dass zusätzliche Hilfen von Bund und Land nur unter dem Primat eigener Konsolidierungsbemühungen stehen können. ALLE Ebenen tragen Verantwortung – gemeinsam und gegenseitig.

Neben dieser kurzfristigen, ständigen Überprüfung von Aufgaben, die wir – um es noch einmal zu betonen – losgelöst von der Haushaltssicherung sehen, ist die langfristige Perspektive von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer Stadt.

Dieser Stadtrat hat heute – wie bereits ausgeführt – ein „süßes Gift“ zu sich genommen: Die Erhöhung der Gewerbesteuer.

Die „Hilfen für junge Menschen“ sind derzeit mit rd. 7,4 Mio. EUR angesetzt. Ohne den Teufel an die Wand zu malen, aber unter Berücksichtigung der vergangenen Rechnungsergebnisse werden wir in 2012, spätestens 2013 die 8 Mio. EUR-Marke knacken:

Die „Hilfen für junge Menschen“ kennen nur noch eine Richtung: Sie steigen – ständig und stetig. Wie die Empirie belegt, stehen die steigenden Fallzahlen und damit einhergehenden steigenden Aufwendungen im Zusammenhang mit den brüchiger werdenden Familienkonstellationen. Wirtschaftlich prekäre Lebensverhältnisse von Familien oder auch Trennungs- und Scheidungssituationen sowie daraus resultierende Alleinerziehungsfamilien haben negative Folgen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Ein Großteil der Familien, die in Kamen diese Hilfen in Anspruch nehmen, müssen sich über Transferleistungen finanzieren. Ist oder sollte das die Perspektive für unsere Stadt sein? Ein zunehmender Anteil von Menschen, der dauerhaft von Transferleistungen des Staates abhängt? Aus Sicht der CDU-Fraktion ist die Antwort klar: Nein – das ist und darf keine Perspektive sein – weder für die Kinder und Jugendlichen, noch für die Familien, noch für diese Stadt.

Und gerade aus diesem Grunde erwartet die CDU-Fraktion eine klare Ausrichtung der Politik in dieser Stadt auf Wirtschaftsförderung. Aber genau diese Ausrichtung bzw. politische Linie können wir nicht erkennen und Sie haben heute mit Ihrem Beschluss über die Erhöhung der Gewerbesteuern dieser dringend erforderlichen langfristigen Ausrichtung auf die Förderung von Wirtschaftsstrukturen in unserer Stadt einen Bärendienst erwiesen.

Die demographische Entwicklung geht somit mit einer wirtschaftlichen Struktur- schwäche, der Sie sich anscheinend nicht entgegenstellen wollen, einher. Die demographische Veränderung wird erhebliche Anpassungsmaßnahmen in allen Bereichen erfordern. Umso mehr kommt es darauf an, langfristig eine Standortsicherung unserer Stadt zu erreichen. Dabei ist eines offensichtlich: Die Leistungskraft unserer Stadt wird auch absehbar nicht ausreichen, um die breite Palette sämtlicher Handlungsmöglichkeiten umsetzen. Wir werden dazu kommen müssen, Prioritäten zu setzen und eine Mindestausstattung an sozialer und technischer Infrastruktur sowie ein Mindestangebot an privaten und öffentlichen Dienstleistungen formulieren zu müssen.

Das Handlungskonzept „Wohnen“ könnte hierzu einen sinnvollen Ansatzpunkt bieten, um hieraus belastbare Vorstellungen für die künftige Entwicklung in unseren Wohnquartieren zu entwickeln. Voraussetzung ist, dass es nicht – wie so viele Konzepte vorher – in den Schubladen verschwindet.

Eines ist klar: Je länger wir hier Zeit vergeben, umso weniger Handlungsalternativen werden übrig bleiben. Den berühmt-berüchtigten Königsweg wird es nicht geben: Aber eine pro-aktive Gestaltung dieser Herausforderungen bietet mehr Chancen für eine qualitätsvolle Entwicklung als das „stetige Weiter so“.

Dazu wird auch gehören, dass wir – wie der Kollege Hasler bereits ausgeführt hat – damit ernsthaft beschäftigen müssen, welche Art der Beschäftigung – Beamte oder Angestellte – langfristig betrachtet für die Kommune teurer kommen. Eine mögliche Veränderung der Beschäftigtenstruktur wird aber Jahrzehnte in Anspruch nehmen und daher sollten wir uns damit zeitnah beschäftigen.

Diese Entscheidungen erfordern dann auch, dass sich der Stadtrat mit der langfristigen Perspektive bei den städtischen Immobilien beschäftigt. Bereits im HSK 2011 haben Sie die u.a. damit verbundene Position einseitig als „nicht umsetzbar“ bezeichnet. Eine Entscheidung des Stadtrates liegt hierzu aber nicht vor – perspektive Entscheidungsgrundlagen haben Sie dem Stadtrat hierzu auch nicht vorgelegt.

Es gibt zahlreiche weitere Beispiele, wo wir als CDU eine Entscheidungsvorbereitung durch die Verwaltung erwartet hätten, diese aber nicht vorgelegt wurden. Insofern werden wir Ihnen dann in den kommenden Monaten verstärkt Anträge zu Einzelthemen vorlegen.

Abschließend zum Haushaltssicherungskonzept 2012, welches dann im Frühjahr zugunsten einer langfristigen Haushaltssicherung von zehn Jahren abgelöst werden dürfte:

Das HSK besteht überwiegend aus Mehrerträgen, die aus der Abschöpfung von Gewinnen unserer Beteiligungen resultieren. Dieses Vorgehen ist legitim. Die CDU-Fraktion ist bereit 14,7 Mio. EUR der vorgetragenen bzw. fortgeschriebenen Ansätze mitzutragen. Nicht mittragen können wir – wie bereits dargelegt – die Gewerbesteuererhöhungen, weil wir sie als völlig falsches Signal werten. Die CDU hat dargelegt, dass wir

Um es abschließend mit Ludwig Erhard zu sagen: „Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken.“ Und damit sollten wir spätestens heute beginnen.